

28



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/219 - 28. September 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2a

Deutschland und Europa

101

Ein Nachwort zur grossen Deutschland-Debatte
in Strassburg

Von Ernst Paul, MdB

3 - 4

Wahlkreis 151: Cochem

63

Noch zwei Bundestagsmandate zu vergeben

5

Die Bedeutung der Gewerkschaften in Grossbritannien

52

Kammerzofer und Pagen gewerkschaftlich organisiert

Von Bruno Kuster, Genf

6

Aus dem Zeitgeschehen:

Selbstschutz

38

* * *
* *

Deutschland und Europa

Ein Nachwort zur grossen Deutschland-Debatte in Strassburg

Von Ernst Paul, MdB

Die Verhandlungen in der Beratenden Versammlung des Europa-Rates sind in den letzten Jahren vielfach nur wenig beachtet worden. Sie brachten keine Sensationen, die sich für Schlagzeilen in der Presse geeignet hätten. Dass das Strassburger Parlament in den Hintergrund des öffentlichen Interesses gerückt ist, liegt zu einem Teil an seiner Konstruktion als Beratende Versammlung, zum anderen Teil an dem Umstand, dass die Kinder dieses Mutter-Parlaments mündig geworden sind. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, um nur darauf hinzuweisen, hat sich zu einer stabilen und erfolgreichen Organisation entwickelt, die weil sie konkrete, in den römischen Verträgen festgelegte Funktionen hat, vielfach mehr interessiert als ein Aussprache-Forum über die Europäische Politik.

Wenn es einer Rechtfertigung für den Bestand der Beratenden Versammlung des Europarates bedurft hätte, dann wäre sie in dieser Woche erbracht worden.

Geistig-politischer Höhepunkt

Der vergangene Montag brachte in seiner Aussprache über das Deutsche Problem als Ganzes einen geistig-politischen Höhepunkt, der geschichtliche Bedeutung besitzt. Dieses ist zwei Umständen zu danken: dem klaren und wohlabgewogenen Bericht des englischen Konservativen Mr. Macmillan jr. und dem Eingreifen der deutschen Sozialdemokraten Carlo Schmid und Fritz Erler. Die beiden letzten waren in Wahrheit nicht nur die Wortführer Gesamtdeutschlands, sondern auch die Stabführer im Strassburger Europäischen Orchester.

Es ist bedauerlich, dass die wirklich grossen Reden der beiden deutschen Sozialdemokraten in der Presse nicht in jenem Umfange zitiert worden sind, wie sie es verdient hätten.

Man muss dabei in Erinnerung rufen, dass die Beschlüsse der Beratenden Versammlung, deren Tagungstermine langfristig festgelegt werden müssen, vielfach post festum erfolgen müssen und darum nachhinken oder einer kommenden Entwicklung nicht vorgreifen wollten. Dass die letzte Tagung nach dem tragischen Termin vom 13. August 1961 und vor dem abschätzbaren Zeitpunkt naher Verhandlungen stattfand, gab ihr nicht nur die Möglichkeit der Stellungnahme, sondern auch der Festlegung von Grundsätzen.

Berlin lebensfähig erhalten!

Der Minister für Gesamtdeutsche Fragen Ernst Lemmer hatte in seiner Rede mit Recht erklärt, dass der sowjetische Vorstoss die Freiheit Westberlins zu untergraben drohe und wenn die Westmächte dem Verlangen nach Anerkennung des Marionetten-Regimes nachgeben würden, kein Ende der Erpressungen zu erwarten sei.

Carlo Schmid ging in seiner Rede noch erheblich über Lemmer hinaus. Er wies darauf hin, dass es genüge, Westberlin lebensunfähig zu machen, um es dann wie einen faul gewordenen Apfel in den sowjetischen Block annektieren zu können. Abschliessende Verhandlungen über die Deutschland-Frage werden nur in Verbindung mit einer Ordnung der Machtverhältnisse in Europa, die auch von der Sowjetunion gebilligt wird, möglich sein. Jede ernsthaftige Einigung über die Beschränkung der Rüstungen muss vorher versucht haben, im Wege der Vereinbarungen eine solche Ordnung der Machtverhältnisse in der Welt zu schaffen. Es genügt nicht, anzuerkennen, was heute bequem wäre, um den Würgegriff für eine Zeit zu lockern. Man könne nicht Maximalforderungen mit Maximalkonzessionen entgegentreten. Carlo Schmid unterstrich die Schwierigkeiten der Verhandlungen. Wir sind in der Situation eines Vaters, dessen Kind von einem Verbrecher gekidnappt wurde. Eine UNO-Besatzung für Westberlin würde kongolesische Verhältnisse schaffen. Man dürfe nicht vergessen, dass Berlin eine grossindustrielle Stadt sei, die nur in der Integration in die freie Welt leben könne. Man dürfe in der Deutschland- und Berlinfrage bei eventuellem Versagen des freien Westens nicht die Rückwirkungen auf die deutsche Jugend vergessen.

Erlers: Risiko eines gewaltsamen Zusammenstosses

Zum zweiten Höhepunkt entwickelte sich die Diskussion in der Rede von Fritz Erler. "Wer das finanzielle und wirtschaftliche Band Westberlins mit der Bundesrepublik durchschneidet, gibt in Wahrheit die Existenz der Stadt Berlin preis", führte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD aus. Es wäre gefährlich, wenn die Erörterung der spezifischen Berliner Fragen der Bundesrepublik und den kommunistischen Behörden in Ost-Berlin überantwortet würde. Das Risiko eines gewaltsamen

Zusammenstosses werde nicht kleiner, sondern grösser.

Eine andere Frage sei, ob man die Vereinten Nationen zusätzlich zur Sicherung des Zuganges nach Berlin einschalten oder anstelle einer Viermächte-Verantwortung treten lasse. Gegen zusätzliche Sicherungen würde sich niemand wehren, wohl aber gegen gefährliche Ersatzlösungen.

Bei Fritz Erler's Rede wird sich mancher Abgeordnete der Beratenden Versammlung daran erinnert haben, dass die deutschen Sozialdemokraten bereits vor Jahren, als die Lage günstiger war, Verhandlungen gefordert haben und damals heftig kritisiert worden sind. Starken Eindruck machte die Erklärung des Redners:

"Ich bin damals in meiner Auseinandersetzung gegen ein verbrecherisches deutsches Regime ins Zuchthaus gegangen; aber ich habe nicht Hitlers Erpressungen widerstanden, um heute Chruschtschows Erpressungen nachzugeben, meine Damen und Herren."

Entspannung durch Abrüstung

Die Entschliessung fand bei wenigen Stimmenthaltungen und ohne Gegenstimme eine Annahme mit überwiegender Majorität. Sie verurteilt ausdrücklich die von der sowjetischen Regierung und den Autoritäten der SBZ getroffenen Maßnahmen. Sie fordert die freie Verbindung zwischen Ost- und Westberlin und erinnert an die Deklaration der Menschenrechte der Vereinten Nationen. Sie betont das Recht der Westmächte in Berlin und fordert die Sicherheit der demokratischen Freiheiten für die Bevölkerung in dieser Stadt.

Sie empfiehlt schliesslich Verhandlungen über die ganzen deutschen Fragen und unterstreicht die Bedeutung der Entspannung durch Abrüstung.

Die Beratende Versammlung des Europa-Rates erlebte einen grossen Tag. In dessen Schatten wird die Arbeit, die in vielen Einzelfragen nach sorgfältigen Ausschuss-Beratungen geleistet wurde, weniger deutliche sichtbar. In historischen Augenblicken kommt es aber darauf an, die Schwerpunkte zu erkennen und Richtlinien für die Zukunft festzulegen. Dieses geschah auf der letzten Strassburger Tagung, und dass es namhafte deutsche Sozialdemokraten waren, die sich zum Sprecher ihres Volkes und der europäischen Freiheit gemacht haben, darf uns mit Genugtuung erfüllen.

Wahlkreis 151: Cochem

LjSch. - Mainz

Im rheinland-pfälzischen Wahlkreis 151 (Cochem/Mosel) ist der Bundestagswahlkampf noch in vollem Gange. Bei der notwendig gewordenen Verschiebung des Wahltermins - sie wurde nach dem Tod des sozialdemokratischen Bundestagskandidaten Friedrich Klein (62) aus Niederkostenz unumgänglich, weil zu diesem Zeitpunkt die Wahlprüfungsvermine bereits verstrichen waren - trat die ungewöhnliche Situation ein, dass auch eine endgültige Sitzverteilung für den Vierten Bundestag nicht unmittelbar nach dem Wahltag erfolgen konnte. Erst am kommenden Sonntag werden rund 120 000 wahlberechtigte Bürger von drei rheinland-pfälzischen Landkreisen darüber entscheiden, wem die noch zu vergebenden beiden Bundestagsmandate zufallen. Bundeswahlleiter Dr. Fürst und der rheinland-pfälzische Wahlleiter werden mit einigen Mitarbeitern am Abend des 1. Oktober in Cochem "nachsitzen", um spätestens in der Nacht zum Montag das vorläufig amtliche Endergebnis der Bundestagswahl 1961 und die endgültige Mandatsverteilung auf die Parteien festzustellen.

Neben dem Direktmandat für den nachwählenden Wahlkreis 151 ist theoretisch für jede der drei im Bundestag vertretenen Parteien auch noch ein Listenmandat "drin". Neuer Wahlkreiskandidat der SPD ist der 39-jährige Postmeister Walter G o r g e s, der in seiner Heimatstadt Simmern Beigeordneter ist und dem dortigen Kreistag angehört. Die erste Anwartschaft auf das Direktmandat rechnet sich allerdings die CDU aus, die erneut den bisherigen Bundestagsabgeordneten Paul G i b b e r t (Landwirt und Winzer aus Moselkern) nominiert hat. Er konnte 1957 insgesamt 66 989 von 102 451 Stimmen auf sich vereinigen.

Unter Berücksichtigung des am 17. September erkennbar gewordenen Trends, der auch an dieser traditionell christdemokratischen Domäne nicht spurlos vorübergehen dürfte, haben die Sozialdemokraten jedoch eine sehr reelle Chance, das noch offene Listenmandat zu erheben. Wenn sie nur ihren Stimmenanteil von 14,6 Prozent aus dem Jahre 1957 verteidigen, dann wird jedenfalls der rheinhessische evangelische

Pfarrer Curt B i c g l e r über die Landesliste Rheinland-Pfalz in das Bonner Parlament einziehen. In diesem wohl als Minimum anzusehenden Falle müsste allerdings ein über die hessische SPD-Liste gewählter Kandidat gestrichen werden. Diese ausserordentliche Folgeerscheinung ergibt sich laut Auskunft des Bundeswahlleiters aus den Listenverbindungen der Parteien für die verschiedenen Bundesländer und aus dem de Hondtschen Auszählungssystem.

Das Bundeswahlamt in Wiesbaden weigert sich aus verständlichen Gründen, Angaben darüber zu machen, welchen Stimmenzuwachs SPD oder FDP erzielen müssten, um das nach den Vergleichszahlen von 1957 ebenfalls CDU-verdächtige Listenmandat zu erringen. Dies könnte nicht nur als Wahlbeeinflussung ausgelegt werden, sondern auch zu der sehr unerwünschten Tatsache führen, dass viele Wähler ihrer Stimmenabgabe nicht mehr die ursprüngliche Bedeutung beimessen. "Jede der drei Parteien CDU, SPD und FDP hat jedenfalls Grund, diese Nachwahl ernst zu nehmen!" war die einzige verbindliche Aussage, die in diesem Zusammenhang dem Stab des Bundeswahlleiters zu entlocken war.

Die SPD hat mit der organisatorischen Vorbereitung dieser Nachwahl bereits bewiesen, dass ihr der Kampf um die beiden im Wahlkreis Cochem zu gewinnenden Mandate nicht nur wichtig, sondern auch aussichtereich erscheint. Der Bundestagsabgeordnete Peter Wollen hat bei vielen Wahlversammlungen in den letzten Tagen begeisterte Zustimmung für die Feststellung geerntet, dass die Sozialdemokratie durchaus für jeden Christen wählbar ist. Der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer und sein Stellvertreter Herbert Wehner greifen in den jetzigen letzten Tagen vor der Nachwahl als prominenteste Redner in das Ringen um wichtige Stimmen ein. Nach den aufsehenerregenden Gewinnen, welche die SPD gerade in den rheinland-pfälzischen Wahlkreisen mit einem erdrückenden Übergewicht des katholischen Bevölkerungsanteils am 17. September zu verzeichnen hatte, kann sie auch der Entscheidung in diesem Gebiet mit Zuversicht entgegensehen.

Die Bedeutung der Gewerkschaften in Großbritannien

Von Bruno Kuster, Genf

In England ist sogar das Personal der königlichen Paläste in Gewerkschaften organisiert, die in seinem Auftrag Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen führen. Ob es auch in dieser "Branche" schon zu Streiks gekommen ist, entzieht sich allerdings unserer Kenntnis. Jedenfalls erfreuen sich die Gewerkschaften in Grossbritannien voller gesetzlicher und auch gesellschaftlicher Anerkennung. Die Unternehmer gestehen heute im allgemeinen den Gewerkschaften das Recht zu, als Wortführer ihrer Mitglieder und als vollwertiger Verhandlungspartner aufzutreten. Nach einem solchen veröffentlichten Untersuchungsbericht des Internationalen Arbeitsamtes über "Die Lage der Gewerkschaften in Grossbritannien" ist man in England im allgemeinen der Auffassung, "dass die Gewerkschaften in einem modernen Staat nicht nur im wirtschaftlichen Leben, sondern auch in der allgemeinen Führung der öffentlichen Angelegenheiten eine Rolle zu spielen haben."

Von den 23 Millionen Lohnverdienern Grossbritanniens sind neunehnhalf Millionen gewerkschaftlich organisiert, davon mehr als acht Millionen in den 163 Verbänden des Gewerkschaftskongresses (T.U.C.)¹. Die Mitglieder beschränken sich keineswegs auf die Erörterung der Probleme, die direkt mit ihren Arbeitsverhältnissen zusammenhängen, sondern sie nehmen zu allen Fragen Stellung, die ihr Leben und die Existenz ihrer Familien betreffen. Auch erwarten sie, dass die Gewerkschaften ihre Tätigkeit nicht auf die Wahrnehmung der engsten Berufsinteressen beschränken.

So erfreulich dieses Bild für die Gewerkschaften auch sein mag, macht die Untersuchungsmission doch auf einige ernste Probleme aufmerksam. Die Mitgliederzahlen nehmen nicht mehr zu, da die Gewerkschaften in den nicht-manuellen Berufen nur schwach verankert sind. Während die klassischen Berufe, in denen die Gewerkschaften gross und stark geworden sind, zahlenmässig stagnieren, bieten die Kategorien der Büroangestellten, der Techniker und der intellektuellen Berufe noch grosse potentielle Möglichkeiten. Aber um diese Schichten ansprechen zu können, müssen die Berufsverbände ihren Aufbau und ihre Arbeitsweise den neuen Bedingungen anpassen.

Gewisse Gewerkschaften sind jedoch noch deutlich einem engen, zünftlerischen Denken verhaftet. Nicht wenige Konflikte brechen zwischen rivalisierenden Verbänden aus, die sich das Recht streitig machen, eine gegebene Gruppe von Lohnverdienern zu organisieren. Auch kämpfen sie oft um das exklusive Recht, gewisse Arbeiten ausschliesslich ihren Mitgliedern vorzubehalten. Diese Reibereien führen ihrerseits dann auch zu Schwierigkeiten mit den Unternehmern und zu Arbeitsniederlegungen, bis die konkurrierenden Ansprüche der Verbände geklärt sind. Es mag ferner überraschen, dass sich viele Gewerkschaften trotz ihrer zahlenmässigen Stärke in einer finanziell bedrängten Lage befinden. Mehr als ein Drittel der Verbände ist nicht mehr in der Lage, Ausgaben und Einnahmen im Gleichgewicht zu halten. Seit 1939 ist ihr Vermögen stark zusammengeschmolzen, worunter die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften natürlich leidet.

Trotz solcher Anzeichen einer gewissen Erstarrung kommt die Untersuchungsmission zum Schluss, dass die britischen Gewerkschaften als eine der Einrichtungen, "auf denen die britische Demokratie beruht", Anerkennung gefunden haben.

+ + +

Aus dem Zeitgeschehen:

Selbstschutz

Die Berlin-Krise hat in den Vereinigten Staaten die Diskussion um Sinn oder Unsinn von Luftschutzaussnahmen heftig wiederaufleben lassen. Der Bau von kleinen "Familien-Awombunkern" erhielt, von den Behörden nachhaltig propagiert und gefördert, neuen Auftrieb. Zu welchen Konsequenzen jedoch eine solche "Sicherheits-Politik" führen kann, zeigt ein Bericht im Nachrichtemagazin "Time" vom 18.8. 61. "Wenn mein Bunker fertig ist", wird dort als Ausspruch eines Einwohners aus der Umgebung Chikagos wiedergegeben, "dann werde ich an der Luke ein Maschinengewehr anbringen, um die Nachbarn draussenzuhalten, wenn die Bombe fällt; wenn die dumme amerikanische Öffentlichkeit sich nicht um den erforderlichen Luftschutz kümmert, so will jedenfalls ich nicht das Risiko eingehen, dass ich den Bunker nicht benutzen kann, den ich mir mit vieler Mühe gebaut habe, um meine Familie zu retten."

Solche Ansichten stehen nicht vereinzelt da. In Austin, Texas, hat ein Eisenwarenhändler für den gleichen Zweck vier Gewehre und eine Pistole in seinem Bunker deponiert; auch für den Fall, dass die Nachbarn im Ernstfall früher als er und seine Familie den Bunker erreichen, ist vorgesorgt: "Tränngas soll sie dann vertreiben. Und in Las Vegas hat der Beauftragte für den zivilen Luftschutz die Aufstellung einer 5000-Mann-Miliz vorgeschlagen, um zu verhindern, dass beim Ausbruch eines Krieges die Flüchtlingsmassen aus den dichtbevölkerten Kalifornien "wie Heuschreckenschwärme" nach Nevada eindringen. Hier, in diesen spontanen Reaktionen, enthält sich wieder einmal die grausige Konsequenz des nuklearen Terrors. Während nämlich die Luftschutzpropagandisten noch die Illusion von bürgerlicher Sicherheit verheissen, proklamieren jene Anhänger des "bewaffneten Selbstschutzes" gegen die eigenen Nachbarn bereits mit diesem Rückgriff auf die Praktiken steinzeitlicher Höhlenbewohner das Ende der Zivilisation. Sie schätzen damit unsere Situation ungewollt und unbewusst ziemlich realistisch ein: Wer sich, aktiv oder passiv, auf die Möglichkeit des nuklearen Krieges einstellt, verzweifelt praktisch an der einzigen Chance, ihn zu verhindern: er verzichtet auf alle Politik und löst sich damit aus den Solidarzusammenhang der menschlichen Geschichte; er landet zwangsläufig in der Barbarei. Und weiter: selten hat die private Idylle des "My house is my castle" so deutlich dokumentiert, wie unfähig sie ist, mit den Problemen der Gegenwart politisch fertigzuwerden.

+ + +

Aus der Zeitschrift

"Atomzeitalter"

+ + +

Verantwortlich: I. A. Albert Exler